

Denkfehler 5: »Wir werden immer weniger!«

Variationen zum Thema:

- »Der letzte Deutsche.« Spiegel-Titel vom 5.1.2004
- »Wir sterben aus.«
- »Raum ohne Volk.«
- »Die Geburtenrate ist viel zu niedrig.«

Die Deutschen, vor allem ihre Eliten, sind in heller Aufregung. Keine Analyse der Lage des Landes und seiner Zukunft kommt ohne den Hinweis aus: »Wir haben ein großes demographisches Problem. Mit unseren jetzigen Strukturen können wir es nicht bewältigen. Wir müssen den Sozialstaat der demographischen Entwicklung anpassen. Die junge Generation wird sonst überfordert.«

Über die große Bedeutung des Themas gibt es zwischen den Parteien des Deutschen Bundestages keinen Streit. Sie alle halten die »Demographie« für eine zentrale Herausforderung der Gegenwart, und sie werden in dieser Einschätzung von Publizistik und Wissenschaft angefeuert. Ganze Heerscharen von Politikern und Wissenschaftlern haben sich in den letzten Jahren mit der demographischen Entwicklung beschäftigt. Die Vorstellung, hier lauere eine der großen Herausforderungen unseres Volkes, war Ausgangspunkt und Begleitelement von Kommissionen, die sich als wichtig empfunden haben und die auch von der Öffentlichkeit als wichtig empfunden worden sind: die Enquete-Kommission »Demographischer Wandel«, die Süsmuth-Kommission zur Zuwanderung, die Rürup-Kommission, die Herzog-Kommission und so weiter. Dutzende von Gutachten sind dem Thema gewidmet. Die Sozialdemokratie, wie immer in ihrer hundertvierzigjährigen Geschichte zu einem Sonderopfer bereit, nimmt in Gestalt ihres Vorsitzenden Franz Müntefering auch gleich noch die Verantwortung für die angeblich zu späte Erkenntnis des

Problems auf ihre schmalere werdenden Schultern: »Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demographie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.«

Zwei Probleme werden im wesentlichen gesehen und zu einer der ganz wesentlichen Begründungen für die Reformnotwendigkeit und bestimmte Reformprojekte herangezogen:

- die sogenannte Überalterung, in besonderer Überbreitung »Vergreisung« genannt,
- und die Tatsache, dass im Jahr 2050 hierzulande vermutlich weniger Menschen wohnen werden; in Überbreitung wird vom »sterbenden Volk« oder noch übertreibender vom »Raum ohne Volk« (so der Spiegel) gesprochen.

Als ursächlich für beides wird die niedrige, die »zu geringe« Geburtenrate diagnostiziert.

Schon an dieser Begriffswahl – und übrigens auch an anderen Begriffen wie »Nettoreproduktionsrate« und »Alterslast«, die von den Demographen und den sie zitierenden Politikern und Publizisten so gerne gebraucht werden – sieht man, wie sich die Zeiten in Deutschland geändert haben. Noch in den siebziger Jahren, als schon einmal eine Debatte ums »sterbende Volk« inszeniert wurde, hat sich als unaufgeklärt bis völkisch denkend diskreditiert, wer diese Begriffe gebrauchte.

Wie »dramatisch« ist die Entwicklung der deutschen Bevölkerung?

Die mittlere Variante der Prognose des Statistischen Bundesamts – veröffentlicht am 6.6.2003 – sieht für 2050 einen Rückgang der Bevölkerung Deutschlands von heute rund 82,5 auf dann gut 75 Millionen vor. Dieser mäßige Rückgang um nicht einmal 10 Prozent innerhalb von fast fünfzig Jahren wird als eine dramatische Entwicklung und als Symptom des »Sterbens« betrachtet. Tabelle 3 zeigt, wie diese Zahl einzuordnen ist.

Tabelle 3: Entwicklung der Gesamtbevölkerung in Deutschland

Jahr	Gesamtbevölkerung
2003	82,5 Mio. Ist-Bestand Gesamtdeutschland
2050	75,0 Mio. mittlere Variante der Prognose
1950	68,7 Mio. Ist-Bestand West- und Ost-Deutschland
1950	50,8 Mio. Bundesgebiet vor der Wiedervereinigung
1939	43,0 Mio. dito

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): 10. Koordinierte Bevölkerungsvoraussetzungsrechnung, Wiesbaden 2003

Im »dramatischen« Jahr 2050 liegt die Bevölkerungszahl nach der mittleren Prognose mit 75 Millionen Menschen demnach weit höher als 1950 mit knapp 69 Millionen. Warum sollte uns das aufregen? Damals, 1950, war es nicht leer in Deutschland. Und 1939, als die Bevölkerungszahl im Gebiet der späteren Bundesrepublik (West) mit 43 Millionen noch niedriger war als 1950 mit 50,8 Millionen, sprachen Hitler und seine Helfer vom »Volk ohne Raum« und überzogen Europa mit einem furchtbaren Krieg. Heute spricht der Spiegel³⁰ im Hinblick auf die kommenden Jahre vom »Raum ohne Volk« – dieselbe Übertreibung, bloß andersherum.

Diese wenigen Ziffern zeigen schon, wie bodenlos verrückt die Debatte verläuft. »Raum ohne Volk« und »Der letzte Deutsche« – diese Parolen grenzen an Volksverdummung.

Es gibt übrigens ein echtes demographisches Problem, das der politischen Fürsorge bedürfte: die Wanderungsbewegung der jungen und arbeitsfähigen Generation von Ost- nach Westdeutschland.

Auch ein Vergleich der Bevölkerungsdichte mit anderen Staaten zeigt, dass die Aufregung rational nicht zu begründen ist (siehe Tabelle 4). »Raum ohne Volk« – diese Behauptung ist ohne jede Grundlage, wenn man die Bevölkerungsdichte von Deutschland (231 Einwohner pro km²) mit jener in Frankreich (111), den USA (31), Spanien (81) und so weiter vergleicht. Wir leiden als Land insgesamt wirklich nicht unter »Ausdünnung«, und dies ist auch für die nächsten fünfzig Jahre nicht zu erwarten.

Tabelle 4: Die Bevölkerungsdichte in verschiedenen Ländern

	Einwohner pro km ² im Jahre 2003
Niederlande	477
Großbritannien	243
Deutschland	231
Italien	191
Tschechische Republik	130
Dänemark	124
Polen	123
Frankreich	111
Österreich	97
Spanien	81
USA	31

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2003 für das Ausland, Wiesbaden 2003, S. 174 ff.

Unter Umständen täte es unserem Zusammenleben, der Lebens- und Wohnqualität und der seelischen Befindlichkeit sogar gut, wenn Deutschland etwas weniger dicht besiedelt wäre. In vielerlei Hinsicht wäre eine solche Entwicklung möglicherweise eine Entlastung. Aber das darf man in Deutschland auf keinen Fall öffentlich sagen, denn die Grundstimmung der Meinungsführer ist auf »mehr« getrimmt.

Die Entwicklung ist kaum vorherzusehen

Verlässliche Prognosen zur Entwicklung der Bevölkerungszahl über einen Zeitraum von fünfzig Jahren zu machen ist seriös nicht möglich. Das war schon in der Vergangenheit so: Die Prognosen haben fast nie gestimmt. Die letzten neun Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung durch das Statistische Bundesamt hielten im Schnitt gerade mal vier Jahre. So prognostizierte das Statistische Bundesamt mit seiner siebten Vorausberechnung, die Bundesrepublik Deutschland werde im Jahr 2030 69,9 Millionen Einwohner haben. Gerade mal zwei Jahre später

lag die Vorausberechnung je nach Variante der Annahmen um 3,8 bis 11,2 Millionen höher.³¹

So schnell ändern sich die Prognosen, wenn sich die Annahmen ändern. Darauf weisen die Fachleute des Statistischen Bundesamts auch hin. Hätten sie 1950 eine solche Prognose für das Jahr 2000 gewagt, dann hätten sie sich total verschätzt – sie hätten weder den Pillenklick noch den Zuzug von 2,5 Millionen Aussiedlern und auch nicht die Anwerbung von Gastarbeitern in Millionenhöhe vorhergesagt.

Die Annahmen, auf denen die Prognosen beruhen, können sich innerhalb von fünfzig Jahren gravierend ändern. In der Prognose des Statistischen Bundesamts für 2050 sind unter anderem Annahmen über die *Geburtenrate* enthalten. Dabei gehen die amtlichen Rechner von einer Rate von 1,4 Kindern aus. Mit einer familien- und kinderfreundlichen Politik, die Eltern ermöglicht, Beruf und Familie besser miteinander in Einklang zu bringen, könnte die Geburtenrate jedoch beeinflusst werden. So ist diese Rate in Frankreich innerhalb von sieben Jahren von 1,65 auf 1,88 gestiegen. Warum sollte sie bei uns bei 1,4 verharren?

Die Geburtenrate wird entscheidend von den Berufsperspektiven junger Leute und junger Ehepaare beeinflusst. Wenn sie ihr gemeinsames Leben auf befristete Arbeitsverträge von Jahreslänge gründen sollen, wie es heute häufig der Fall ist, dann wagen es diese Menschen verständlicherweise nicht, Kinder in die Welt zu setzen. Wenn unsere Gesellschaft und die Politik und vor allem die maßgeblichen Meinungsführer zur Vernunft kämen und wieder den sicheren Arbeitsplatz und das gesicherte Normalarbeitsverhältnis propagieren würden, statt auf die vermeintlich moderne totale Flexibilität zu setzen, würden auch wieder mehr junge Paare den Mut fassen, ein, zwei, drei oder sogar mehr Kinder zu bekommen. Vielleicht tritt diese Vernunft bei den tonangebenden Kreisen innerhalb der nächsten fünfzig Jahre ein. Ich hoffe, es dauert nicht so lange. Dann wird sich die Geburtenrate verändern, und die Prognose, die heute so viel Panik auslöst, löst sich morgen schon in Luft auf.

Auf der Basis der Annahme, dass die Geburtenrate von derzeit 1,4 Kindern während der nächsten fünfzig Jahre unverändert bleiben wird, macht die politische Klasse heute die Bürger verrückt und stülpt unsere sozialen Sicherungssysteme so lange um, bis sie sie ruiniert haben dürfte. Das ist ein Skandal!

Anfang 2004 erschien der *Spiegel* mit dem Titel: »Der letzte Deutsche – Auf dem Weg zur Greisen-Republik.« – »Die Bundesrepublik rangiert mit ihrer Geburtenrate unter 190 Staaten auf Platz 185«, so heißt es im Einstiegstext. Schaut man sich jedoch die internationalen Daten genauer an, dann findet man: beim Vergleich der Geburtenanzahl pro Frau liegen siebzehn Staaten noch unter dem Wert für Deutschland (2001: 1,4)³² – so gängig sind Irrleitungen in Medien heute –, und vierzehn Staaten liegen im Umfeld des Wertes von Deutschland.³³ Nun ist auch Platz 170, den sich Deutschland mit anderen Ländern teilt, ziemlich weit hinten – die vorderen Plätze sind belegt von Ländern wie Angola, Ruanda, Kongo, Saudi-Arabien, Niger. Es fehlt jedoch dem 170. Platz die totale Dramatik, die die Einordnung im *Spiegel* suggeriert. Wollen wir die Kinderhäufigkeit des Kongo? Oder die von Saudi-Arabien?

Die Position Deutschlands vermag man noch besser einzunordnen, wenn man sich die Länder Europas anschaut, die eine geringere Geburtenziffer haben als Deutschland, die also in der vom *Spiegel* für so wichtig gehaltenen Rangordnung hinter Deutschland liegen. Das sind neben Spanien vor allem ost- und mittelosteuropäische Länder wie Russland, Weißrussland, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Ukraine – auch das katholische Polen liegt hinter Deutschland und hat mit 1,3 eine sehr niedrige Geburtenziffer,³⁴ wie übrigens auch die neuen Bundesländer.

Dem Phänomen der Entwicklung in den neuen Bundesländern nachzugehen lohnt sich. Offenbar gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Geburtenziffer, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, unsicheren Arbeitsplätzen und Ungewissheit der sozialen Sicherungssysteme. Diese Erkenntnis hätte schlecht zum

neoliberalen Reformeifer des *Spiegel* und seiner Nachbarer gepasst.

In Tabelle 5 sind die Geburtenziffern im Zeitablauf für alte und neue Bundesländer getrennt ausgewiesen. An diesen Zeitreihen kann man interessante Beobachtungen machen:

- Noch 1990 lag die Geburtenziffer mit 1,52 in der damaligen DDR/den neuen Bundesländern höher als in den alten Bundesländern.
- Sie sackte bis 1993 und 1994 auf 0,77 ab – eine Entwicklung, die zur Beurteilung und Bewertung von Helmut Kohls Politik für blühende Landschaften höchst selten einbezogen wird. Die Geburtenrate in den neuen Bundesländern erholte sich dann bis heute langsam auf rund 1,21.
- Dieser Wert liegt immer noch unter dem Westwert. Liegt das an mangelnder Zukunftsvorsicht? Und/oder am vereinigungsbedingten Zusammenstreichen der Betreuungspplätze für Kinder und damit der Chancen für Frauen, ihre Kinder unterzubringen, wenn sie arbeiten wollen?
- Zwischen 1965 und 1975 ging im Westen die Geburtenziffer von 2,51 auf 1,45 zurück – das ist der sogenannte Pillenknick.
- Bis 1980/81 hielt sie sich ungefähr auf diesem Niveau, sackte dann aber 1985 auf 1,28 ab. Warum wohl? Eine mögliche Interpretation: Das war das Ergebnis steigender Arbeitslosigkeit und zugleich die Begleiterscheinung des Starts in Kohls und Lambsdorffs neoliberales Zeitalter, in dem Devisen gelten wie »Freie Fahrt für freie Bürger«, »Jeder ist seines Glückes Schmied«, »Leistung muss sich wieder lohnen« – und in dem das Kindergeld zum Teil durch die ungerechteren Steuerfreibeträge ersetzt wurde. Neoliberale sind Kinderfeinde, weil sie alle Bereiche des Lebens kommerzialisieren; das konnte man damals schon lernen.

Tabelle 5: Entwicklung der Geburtenziffer in Deutschland (Geburt pro Frau zwischen 15 und 50 Jahren)

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
1950	2,10	
1955	2,11	
1960	2,37	
1965	2,51	
1970	2,02	
1975	1,45	
1980	1,44	
1981	1,44	
1982	1,41	
1983	1,33	
1984	1,29	
1985	1,28	
1986	1,35	
1987	1,37	
1988	1,41	
1989	1,40	
1990	1,45	1,52
1991	1,42	0,98
1992	1,40	0,83
1993	1,39	0,77
1994	1,35	0,77
1995	1,34	0,84
1996	1,40	0,95
1997	1,44	1,04
1998	1,41	1,09
1999	1,41	1,15
2000	1,41	1,21

Quelle: Statistisches Bundesamt. Eigene Berechnungen auf zwei Stellen hinter dem Komma.

Für die letzten Jahre wird die Geburtenziffer nur noch für Deutschland insgesamt ausgewiesen. Sie lag 2001 bei 1,35 und 2002 bei 1,34.

Die Veränderungen der Geburtenrate in diesem vergleichsweise kurzen Zeitraum von 1960 bis heute machen überdeutlich, dass die Geburtenrate keine fixe Größe ist. Offenbar haben die schon erwähnten Faktoren – wirtschaftliche Lage, Zukunftsperspektive, Vereinbarkeit von Familie und Beruf – einen beachtlichen Einfluss. Jedenfalls kann man von heute aus nicht sagen, wie die Geburtenrate in zwanzig Jahren aussehen wird. Man könnte aber wissen, was zu tun wäre. Wenn man wirklich so sehr um die künftige Bevölkerungsentwicklung besorgt wäre, könnte man leicht gegensteuern. Doch statt dessen reduzieren die Gemeinden das Angebot für Familien und die für die Versorgung von Kindern notwendigen öffentlichen Leistungen weiter. Die Konjunktur lässt man schon seit über zwei Jahrzehnten schleifen – ein Faktor, der mit Sicherheit die Geburtenrate drückt, wie man an der Entwicklung dieser Kennziffer während der konjunkturell besonders schwachen Phasen sehen kann.

Zuwanderungszahl ungewiss

Die Prognostiker der Bevölkerungsentwicklung haben auch eine bestimmte Zuwanderungszahl unterstellt: 200 000 pro Jahr. Diese Zahl muss aber ja nun nicht fünfzig Jahre lang konstant bleiben. Schauen wir nur einmal nicht fünfzig Jahre nach vorn, sondern fünfzig Jahre zurück: Was ist nicht alles seit 1950 passiert?! Da gab es riesige Umwälzungen: Flüchtlingswanderungen, Gastarbeiterwanderungen und so weiter. Es ist sehr wahrscheinlich, dass mit der Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union mehr Menschen als die unterstellten 200 000 nach Deutschland kommen. Wenn man solche Prognosen politisch bewertet, muss man doch einigermaßen realistisch vorgehen. Mit der Bevölkerungsprognose, die die Basis aller Aufregung ist, ist das jedoch nicht geschehen.

»50-Jahres-Prognosen sind moderne Kaffeesatzleserei«, meint der Mathematiker Gerd Bosbach. Dass die Prognose für das Jahr 2050 ausgesprochen unsicher ist, haben die Mitarbeiter des Statistischen Bundesamts durchaus gesehen und auch öffentlich

kundgetan. In der Presseerklärung zur Veröffentlichung ihrer Berechnung am 6. Juli 2003 steht, dass solche langfristigen Berechnungen Modellcharakter haben, dass sie also auf der Basis von Annahmen modellhaft berechnet worden sind und dass sich diese Annahmen ändern können. So sehen es die Fachleute. Aber der vom Bundesministerium des Inneren zum Statistischen Bundesamt abgeordnete Präsident Johann Hahlen vergisst dies alles und erklärt die Prognosen für Zahl und Alterung als »vorgegeben und unausweichlich«. Dies allein ist schon ein unglaublicher Vorgang, aber er passt zu der Absicht, über die angeblich unvermeidbare demographische Herausforderung den Charakter unseres sozialstaatlichen Systems zu verändern.

Ähnlich wie Johann Hahlen macht es Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und Autor eines Buches,³⁵ das die Angst vor dem Wenigerwerden schürt und (dennoch) in bürgerlichen Kreisen Furore macht. Er schreibt: »Vorausgesetzt, es gibt keinen Krieg, sind die Weichen für die nächsten 50 Jahre unumkehrbar gestellt. Die deutsche Bevölkerung wird bis 2050 um ca. zwölf, womöglich um 17 Millionen³⁶ Menschen abnehmen. (...) Die Bevölkerung in Deutschland verringert sich in folgenden Schritten: Sie sinkt bis 2030 von jetzt 82 Millionen auf dann 76,7 Millionen, bis 2050 auf 67 Millionen.«

Schirrmacher missachtet die Warnungen des Statistischen Bundesamts und behauptet wahrheitswidrig, die Weichen seien »unumkehrbar gestellt«. Um die gewünschte Dramatik zu erreichen, wählt Schirrmacher aus neun Varianten des Statistischen Bundesamts die Variante 1 mit den ungünstigsten Annahmen über Zuwanderung, Lebenserwartung und so weiter aus und kommt so auf einen Absturz von 82 Millionen auf 67 Millionen im Jahr 2050. Hätte Schirrmacher die mittlere Variante des Statistischen Bundesamts übernommen, was naheliegender wäre, dann wäre die Dramatik weg. Dann fiel die Bevölkerungszahl von heute 82 Millionen auf 75,1 in 2050. Die neunte Variante dieser Modellrechnungen sieht uns übrigens bei 81,3 Millionen, also auf dem Niveau von heute. Sie ist ähnlich (un)wahrscheinlich wie die von Schirrmacher ausgewählte.

Verzerrte Wahrnehmung

Wie ist es möglich, dass so offenkundig irrationale Thesen die öffentliche Diskussion beherrschen, ohne größeren Widerspruch zu provozieren? Anders gefragt: Wieso war es in den siebziger Jahren möglich, die Parole vom »sterbenden Volk« als völkische Parole ins Leere laufen zu lassen, während sie jetzt die Szene beherrscht?

Jede Gruppe, jedes Volk hat eine fast schon archaische Angst davor, weniger zu werden. Das ist nichts spezifisch Deutsches, in Frankreich sind diese Gefühle noch stärker. Dennoch müsste eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Gefühlen und der darauf gründenden Agitation stattfinden. Das ist aber nicht der Fall. Selbst das gebildete Bürgertum erhebt nicht seine Stimme gegen Parolen wie »Der letzte Deutsche« oder »Raum ohne Volk«. Im Gegenteil, die ehemals kritischen Blätter und viele Intellektuelle haben die Sorge vor dem Wenigerwerden noch verstärkt. So erstaunlich das ist, es ist – zumindest für einen größeren Kreis von Personen und Akteuren – verständlich.

In den letzten Jahren war das sogenannte demographische Problem mit der Zuwanderungsfrage verknüpft. Viele Personen und politische Gruppierungen, die sich für Toleranz und die Offenheit unseres Landes engagieren, sahen in der These, die Bevölkerung und die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland nähmen in der Zukunft bedrohlich ab, ein Vehikel dafür, Zuwanderung nach Deutschland auch in breiteren Schichten akzeptabel zu machen. Deshalb haben viele von ihnen die gleichen Sorgen thematisiert, die bis dahin eher rechts orientierte Kreise bewegten.

Wer die These vom schrumpfenden Volk zur Begründung der Zuwanderung benutzt, übersieht leicht, dass zur Zeit ein Erwerbspersonenpotential in Millionenhöhe brachliegt: Über vier Millionen Menschen sind arbeitslos gemeldet. Übersieht man dabei auch, dass die Forderung nach Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen von manchen Kreisen unterstützt wird, um aus einer Reservearmee von Arbeitslosen nach Belieben gering entlohnte Arbeitnehmer rekrutieren zu können. Darunter leiden vor allem die sozialen Sicherungssysteme, die den Überschuss des Arbeitskräfteangebots alimentieren müssen.

Denkfehler 6:

»Wir werden immer älter.
Der Generationenvertrag trägt nicht mehr.«

Variationen zum Thema:

- »Wir vergreisen.«
- »Immer mehr Rentner müssen von einem Arbeitenden versorgt werden.«

Alle Blätter und Fernsehsender, alle Politiker und Wissenschaftler senden die gleiche Botschaft aus: Der Generationenvertrag trägt nicht mehr. Die Deutschen vergreisen. Angesichts dieses Trommelfeuers ist es nicht verwunderlich, dass vermutlich eine große Mehrheit der Menschen diese Botschaften glaubt. Wie soll man bei einem so komplizierten Themenfeld einer unisono vorgetragenen Meinung auch widersprechen? Ich will es trotzdem versuchen.

Wie dramatisch ist die Verschiebung der Altersentwicklung?

Macht es Sinn, von Überalterung oder gar von Vergreisung zu sprechen? Wir haben auch in der Vergangenheit Altersungsprozesse erlebt, ohne dass das Land darunter zu leiden hatte: 1950 betrug der Anteil der unter Zwanzigjährigen 30,5 Prozent der gesamten Bevölkerung. 1995 stellte diese Altersgruppe nur noch 21,6 Prozent. In diesen 45 Jahren hat also eine dramatische »Vergreisung« stattgefunden. Hat das jemand gemerkt?

Tabelle 6: Altersdurchschnitt der Gesamtbevölkerung Deutschlands

Jahr	Altersdurchschnitt
1950	35,4
2000	40,1

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2003 für das Ausland, Wiesbaden 2003, S. 184.